

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Vertriebspreis: 25 Pf.
Für die Nachlieferung: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 30. April 1920 bei täglich zweimaliger Zustellung, bei sonst 1,50 Mark.
Polizeigebühr für Monat April 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 10 mm breite Zeile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Oberstange 10 Pf., Klausen, Kautschuk gegen Vorkauf.
Anzeigenpreis: 10 Pf.

Verantwortung und Hauptgeschäftsstelle:
Morgenstraße 33/34.
Druck u. Verlag von Joseph & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unberechtigtes Abschreiben wird nicht toleriert.

26 Prager Straße

Elegantes Reisegepäck

Adolf Häfer

Feinste Lederwaren

Prager Straße 26

Diplomatische Offensive der Westmächte.

Gewerkschaftliche Machtprobe in der englischen Kohlenkrise.

Die Lage in der englischen Kohlenkrise zeigt ein sehr wechselvolles Antlitz. Am Beginn der vorigen Woche schien jede Hoffnung auf gütliche Beilegung des Konfliktes geschwunden. Nach einigen Tagen trat dann wieder eine Entspannung ein, auf Grund deren sich die Annahme verbreitete, die Regierung werde sich abermals für eine neue Walgenfrist aus der Schlinge ziehen durch Gewährung einer weiteren staatlichen Antzelle, wenn auch nicht wieder in der Form einer direkten Vorkahlung aus den Taschen der Steuerzahler, sondern in der weniger scharf zum Widerstand herausfordernden Gestalt einer Antzelle. Die letzten Meldungen wissen aber wieder von einem Umschlagen der Stimmung in beiden Parteienlagern zur Unnahsichtigkeit zu berichten, und so weiß man nicht, was die nächsten Stunden bringen werden. Sicher ist nur, daß die Bergarbeiter sich noch drohender in Kampfpollitur gefeiert haben, als sie es bereits im Vorjahre taten und dadurch die Einwilligung der Zeichner zur Aufrechterhaltung der bisherigen Lohnhöhe trotz der schlechten Geschäftslage erzwangen, nachdem die Regierung sich zur Vermehrung des Neuzubaus einer Beihilfe an den Bergbau in Höhe von 10 Millionen Pfund Sterling = 200 Millionen Goldmark bereit erklärt hatte. Die Art, wie die Löhne der Bergarbeiter in England gehandhabt werden, ist einigermaßen verwirrend und interessiert hier in den Einzelheiten nicht näher. Zum Verständnis ist nur allgemein zu bemerken, daß der Lohn sich aus einem festen Existenzminimum mit regionalen Zuschlägen und einem sogenannten Ertragslohn zusammensetzt, der die Verhältnisse zu festen Teilhabern an dem Reingewinn der Gruben macht. Während der Ertragslohn in schlechten Zeiten bis auf den Nullpunkt herabsinken kann, soll das Existenzminimum in jeder Wirtschaftslage gesichert bleiben. Die Lohnhöhe wurde nach beiden Richtungen wesentlich gesteigert nach dem 1923 von Frankreich inszenierten Ruhrstreik, der für den englischen Bergbau infolge des Ausfalls der deutschen Konkurrenz eine solche Blütezeit brachte, daß die gesamten Arbeitsbedingungen der Bergleute einen bedeutenden Schwung nach oben erhielten. Die Freude dauerte aber nicht lange, sondern das dicke Ende kam bald nach. Kaum war die Ruhr wieder frei, so legte sich die Wirkung der schlechten Weltmarktverhältnisse sofort mit voller Wucht auf den englischen Kohlenabbau, was zur Folge hatte, daß viele Gruben mit Verlust arbeiten mußten und die anderen kaum das Notwendigste aus dem Betriebe herausholten. Von einem Ertragslohn war dabei keine Rede mehr. Doch auch den Mindestlohn behaupteten die Unternehmer nicht mehr zahlen zu können, und so ließen die Gewerkschaften im Vorjahre, unterstützt von der Arbeiterpartei, ihre zweifelhafte impotente Streitmacht Frontaufstellung nehmen, mit dem Ultimatum des sofortigen Streikbeschlusses, falls an den Mindestlöhnen gerüttelt würde. Das diese Drohung für das gesamte englische Wirtschaftsleben bedeutet, läßt sich aus einem Blick auf den Umfang der dortigen Gewerkschaftsbewegung erkennen. Es gibt eine gewaltige „Englische Arbeiterallianz“, welche die Bergarbeiter, die Transportarbeiter, die Arbeiter der Maschinenindustrie, die Lokomotivführer und -beizer, die Union der Handarbeiter, die Elektriker sowie den Bund der Eisen- und Stahlarbeiter umfaßt. Diese Allianz verfügt über ein wohlhabendstes Heer von 1.818.000 Mitgliedern, darunter allein eine Million Bergarbeiter. Es handelt sich also um einen Gewerkschaftsblock von enormer Stoßkraft, dessen Teilnehmer einen Rittschwur geschlossen haben, in allen Fällen einer Verdrängung ihrer wesentlichen Interessen gemeinsam in die Schranken zu treten. Ein Generalstreik dieses Verbandes würde imstande sein, das Wirtschaftsleben des ganzen Landes mit einem Schlag lahmzulegen.

Kein Wunder also, daß die Regierung keine Neigung verspürte, die Dinge auf die Spitze zu treiben, sondern es für richtiger hielt, seine zu ziehen. Baldwin griff feuchend in den Staatsfiskus und überwies dem Bergbau die eingangs genannte Summe auf neun Monate, um die Unternehmer in den Stand zu setzen, die bisherigen Löhne weiter zu zahlen. Diese Unterstützung hört bestimmungsgemäß am morgigen 1. Mai auf. Inzwischen hat sich nun die Lage angefrischt der Frage, was nach dem 1. Mai werden soll, wieder zu der jetzigen Krise verkehrt, da die Grubenbesitzer erklärt haben, daß sie nach dem Fortfall der staatlichen Beihilfe nicht bloß den Mindestlohn herabsetzen, sondern auch die Arbeitszeit verlängern müßten, um betriebsfähig zu bleiben. Die Gewerkschaften sind dadurch abermals auf den Kampfplatz gerufen worden und es haben langwierige Verhandlungen stattgefunden, ohne bis jetzt zu einem Erfolge zu führen. Für die englische Wirtschaft ist der gegenwärtige Stand der Dinge aus zwei Gründen noch bedrohlicher als im Vorjahre geworden. Einmal hat die sich schon bedeutende Macht der britischen Gewerkschaften diesmal einen starken internationalen Rückhalt gewonnen. Das Internationale Vergarbeiterkomitee in Brüssel hat nämlich einen weitgehenden Solidaritätsbeschluss für die englischen Grubenarbeiter gefasst, der die Gefahr eines Weltstreiks in sich schließt. Es soll gegebenenfalls ein europäischer Kohlenboykott gegen England verhängt werden, dem sich alle kontinentalen Bergleute anschließen würden. Eingebrochen wurde der Antrag von den Engländern

Minierarbeit gegen den Russenpakt.

Ein gemeinsamer Schritt in Berlin geplant.

London, 29. April. Der „Daily Telegraph“ meldet, verschiedene alliierte Regierungen hätten die englische Regierung aufgefordert, gemeinsame Schritte in Deutschland wegen des deutsch-russischen Vertrages zu unternehmen. Die englische Regierung habe sich noch nicht entschieden, ob die Locarno-Schwächte gemeinsam oder erst der Völkerbundsrat im Juli oder September zu dem Vertrag Stellung nehmen sollen. Die englischen maßgebenden Kreise seien mit dem Vorschlag, daß das Völkerbundssekretariat die Registrierung des deutsch-russischen Vertrages ablehnen solle, nicht einverstanden. Die Registrierung eines Vertrages durch das Völkerbundssekretariat sei ja eine reine Formalität, und das Sekretariat habe nicht die Aufgabe, eine Analyse der eingereichten Verträge vorzunehmen.

„Sehr klare“ Fragen Frankreichs.

Paris, 29. April. Die „Blätter“ berichten aus neuer, man bereite gegenwärtig am Quai d'Orsay eine Note an Deutschland vor, in der von Berlin „außerordentlich genaue Erklärungen“ in Form einer schriftlichen Antwort über den deutsch-russischen Vertrag fordern werde. Es wird auch angegeben, in welcher Richtung sich der Schritt der französischen Regierung bewegen würde. Einmal legen die offiziellen Kreise in Paris in den Berliner Vertrag ein festes Versprechen der deutschen Regierung hinein, innerhalb des Völkerbundsrates systematisch zugunsten Russlands zu arbeiten, und dann geht man sich über die deutsche Auslegung des Artikels 18 des Völkerbundsstatuts beunruhigt. Die „Blätter“ schreibt dazu: Als die Alliierten in Locarno erklärten, im Falle eines Konfliktes solle der besonderen Lage Deutschlands Rechnung getragen werden, wollten sie damit sagen, daß man keine großen militärischen Unterstützungen von einem Lande fordern werde, dessen Armee offiziell nur 100.000 Mann betrage und dessen geographische Lage ungünstig sei. Sie hätten dem Deutschen Reich aber niemals versprochen, es von den politischen Verpflichtungen zu befreien, die in dem Artikel 18 wiedergelegt sind, und ihm die Verpflichtung abzunehmen, den Entscheidungen des Völkerbundsrats seine Unterstützung zu gewähren. Frankreich werde vor Wilhelmstraße „sehr klare Fragen“ stellen, um so mehr, als die Lage vor der Septemberversammlung des Völkerbundes nicht sein müsse.

Auffällig bei diesen Presseäußerungen ist, daß gerade die Blätter des Linksflügels, wie „Volonté“, „Homme Libre“ und „Le Nouvel“ von den „berechneten Beschränkungen“ Frankreichs sprechen. Die „Le Nouvel“ schreibt, die deutsche Regierung nehme eine schwere Verantwortung auf sich, wenn sie in Europa von der Locarno-Politik abgehe.

Deutschland spiele das System der Allianzen gegen das System des Völkerbundes aus.

Es stelle den Westen gegen den Osten. Es werfe das asiatische Element ins Gleichgewicht der europäischen Zukunft. Es spreche die Neuordnung Europas zugunsten einer östlichen Reorganisation. Das deutsche Volk habe zwischen der Genfer und der Moskauer Formel zu wählen. Die erste bedeute den Frieden, die zweite das Abenteuer.

in Gemeinschaft mit den Deutschen. Diese deutsche gewerkschaftliche Bestimmung ergibt sich von nationalen Standpunkt aus nicht gerade sehr charaktervoll, wenn man bedenkt, daß in den schweren Tagen des Ruhrstreikes die deutschen Bergarbeiter sich vergeblich um „brüderliche“ Hilfe an die englischen Genossen wandten, die zwar die Gelegenheit benutzten, um auf deutsche Kosten ihre Lage zu verbessern, aber nicht daran dachten, den deutschen Kollegen durch die Tat beizuhelfen. Eine würdige Zurückhaltung der deutschen Gewerkschaften wäre daher in diesem Falle angebracht gewesen. Ergänzt wird der Brüsseler Beschluss durch eine Solidaritätsklärung der russischen Bergleute, bei der natürlich die den Engländern spinnweise feindlich gesinnte Sowjetregierung hinter den Kulissen gestanden hat. Somit ist ein internationaler gewerkschaftlicher Boykottirung jeden Augenblick bereit, sich um das Innehalten zu legen; wobei allerdings die Frage offen bleibt, ob es im Ernstfalle wirklich ganz so hart auf hart gehen würde, wie es angekündigt ist.

Das zweite Moment, das bei einem Streikausbruch für England verhängnisvoll zu werden droht, ist der untrennbare Zusammenhang zwischen der Vergarbeiterkrise und der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit im Lande. Eine vom Londoner Arbeitsministerium aufgestellte Statistik hat die Ziffer von 1 1/2 Millionen beschäftigungsloser Arbeiter ergeben, die der englische Steuerzahler mit einem entsprechenden Millionenaufwand an Pfund Sterling erhalten muß. Wenn dazu noch ein so grandioser Streik träte, so wäre des Unheils kein Ende abzusehen. Die Arbeiter verbarren auf dem Standpunkte, daß sie wieder in eine Herabsetzung des Mindestlohnes, die ihre Lebenshaltung in unerträglicher Weise herabdrücken würde, noch in die Verlängerung der Arbeitszeit willigen könnten. Sie werfen den Unternehmern vor, daß sie durch ihre Rückständigkeit in der Einrichtung der Betriebe selbst die Hauptschuld an der mangelnden Konkurrenzfähigkeit des englischen Bergbaues tragen, und weisen auf das Beispiel Amerikas hin, wo hohe Löhne den Ansporn zur technischen Verbesserung der Produktionsmethoden gaben, sowie Deutschlands, das in

England in Hilfsstellung.

Es ist nicht ohne Interesse, daß dieses scheinbar beinhalten Vorhaben von Seiten der englischen Presse sekundiert wird, so daß man auf die Vermutung kommen könnte, die leitenden Stellen Frankreichs und Englands hätten eine gemeinsame Presselampagne gegen Deutschland vereinbart. So schreibt heute „Daily Chronicle“ u. a.: Alle Reaktionen Deutschlands blickten nach dem Osten und leiteten ihre Hoffnungen auf eine Revanche auf Grund des russischen Bündnisses. Selbst das demokratische Element Deutschlands achte sehr darauf, um der ganzen wirtschaftlichen Zukunft willen, die man von Rußland erwarte, die Hintertür nach Moskau offenhalten. Der Vertrag von Rawallo wäre ein Sieg der östlichen Tendenz gewesen. Er habe einen großen Teil dazu beigetragen, die Genoa-Konferenz zu sabotieren. Noch heute wisse niemand, was wirklich in diesem Vertrag stehe. Man müsse annehmen, es wäre nur ein Teil des Textes veröffentlicht worden. Die Locarno-Verträge bedeuteten andererseits einen Sieg der westlichen Schule. Deutschland könne mit einem klärenden Blick im Auge jede Maßnahme gegen Rußland sabotieren. Es entsteht demnach die Frage, ob der neue Vertrag nicht als ein Verbrechen an Rußland gemeint sei, daß Deutschland sein Veto stets anzuwenden annehme werde.

Polnische Verfolgungswahn.

In den ganzen Zusammenhang paßt es auch hinein, daß die polnische Presse sich über die Unterzeichnung des deutsch-russischen Zusatzabkommens nicht beruhigen kann und um so unruhiger wird, je mehr die Bedenken der französischen Presse sich steigern. Die polnische Presse sieht sich bereits im Kriegszustand mit Deutschland und Rußland und läßt die verschiedensten phantastischen Vermutungen laut werden. So schreibt der „Kurier Warszawski“, es sei kein Zweifel daran, daß der Krieg mit Polen von Deutschland und Rußland vorbereitet werde. Deutschland wolle sein Prestige in der Weltpolitik zurückverlangen, und dieses Ziel sei heute schon sehr nahe. Es würde versuchen, Frankreich und Polen in einen Krieg zu verwickeln und zu besiegen. (1) Rußland dagegen würde durch einen neuen Krieg in den europäischen Ländern ein Chaos hervorzurufen, um hieraus für die kommunistischen Ideen zu profitieren. Den leitenden Stellen des deutschen Militärs sei daran gelegen, daß im Falle eines Krieges Deutschlands mit Frankreich und Polen die Russen die polnische Grenze überschritten.

In der gleichen Bahn sinnloser Phantasiewein bewegen sich auch die Ausführungen der übrigen maßgebenden Warschauer Blätter.

Vor einer außenpolitischen Erklärung in Berlin.

Berlin, 29. April. Zu der neuen Hebe, die jetzt in Paris und London gegen den Berliner Vertrag inszeniert wird, hören wir, daß dem Auswärtigen Amt von der Absicht eines französischen Schrittes noch nichts bekannt ist. Die deutsche Regierung wird sich wahrscheinlich schon in aller nächster Zeit von neuem über die allgemeine Richtung ihrer auswärtigen Politik äußern und dabei wieder betonen, daß sich Deutschland auch in Locarno die Freiheit eines Vertragsabschlusses mit Rußland und eine gleichzeitige nach West und Ost gerichtete Friedenspolitik vorbehalten habe.

seinem Bergbau unvergleichlich praktischer und wirtschaftlicher arbeite.

Die Entwicklung ist damit genau an demselben Punkte angelangt, wo sie sich vor neun Monaten befunden hat, und da die Sachlage sich inzwischen nicht zugunsten der Regierung und der Zeichner verändert hat, so ist nicht einzusehen, wie Baldwin sich aus der Sackgasse anders herausfinden sollte als durch den Rückgriff auf das gleiche Mittel, das bereits 1921 eine Katastrophe verhinderte. Das eine ist freilich auch richtig, daß es nicht mit Graue ins Unendliche zu weitergehen kann. Auf die Dauer läßt sich der englische Bergbau nicht mit staatlichen Unterstützungen, die das Budget stark belasten, über Wasser halten, und wenn die jetzigen Privatunternehmer nicht durch Modernisierung ihrer Betriebe ihren Platz auf dem Weltmarkt zu behaupten vermögen, so wird der Tag immer näher rücken, wo die gewerkschaftliche Verstaatlichungsforderung ernstlich in Erwägung gezogen werden muß. So lernen auch England in steigendem Maße die sozialen Gegensätze in voller Schärfe kennen; daselbe England, das früher die Hochburg des manchesterlichen Ideals des „reinen Rechtsstaates“ war, des „Nachtwächterstaates“, so genannt nach der Funktion des Nachtwächters gegenüber nur die Funktion des Nachtwächters auszuüben habe, der bloß dafür sorgt, daß keine Einbrüche oder sonstige Rechtsverletzungen begangen werden, im übrigen aber sich um nichts kümmert, sondern im wirtschaftlichen Leben alles gehen läßt, wie es will, und der sich durch seine sozialen Pflichtgedanken beschränkt. Diese Anschauungsweise hat der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius auf dem Industrie- und Handelskongress für deutsche Verhältnisse mit Recht als völlig unmöglich zurückgewiesen. In Amerika herrscht sie heute noch so gut wie unbeschränkt und in England hat ihr Fortwüchsen bis in die neueste Zeit hinein zur Folge gehabt, daß die Gewerkschaften, die sich bei uns im arden und ganzen auf einem fastlichen wirtschaftlichen Boden gelaufen haben, radikalisiert worden sind und selbst von sowjetischen Einschlägen nicht frei geblieben sind.